

Frauenrechte EU-Parlamentarier rügen Bulgarien

Abgeordnete des Europäischen Parlaments kritisieren die Regierung Bulgariens, weil das Land die sogenannte Istanbul-Konvention zur Gewalt gegen Frauen bislang nicht ratifiziert hat.

„Frauen sind nach wie vor von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen – auch in der EU, auch in Bulgarien“, sagt die Frauenrechtsexpertin der SPD im Europaparlament Maria Noichl. Weil Bulgarien derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, wäre ein Beitritt zum Abkommen ein „gutes Signal“. Auch der Europarat und der erste Vizechef der

EU-Kommission Frans Timmermans hatten deshalb zuletzt Kritik an Bulgarien geübt. Das Abkommen aus dem Jahr 2011 ist der erste international rechtsverbindliche Vertrag zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Das Land hat ihn zwar unterzeichnet, aber im Parlament noch nicht ratifiziert. Widerstand gibt es in Bulgarien vor allem bei den Kirchen und dem kleinen rechtsextremen Koalitionspartner in der Regierung, den Vereinten Patrioten. Die Weigerung Bulgariens, der Konvention beizutreten, steht in Widerspruch zum sonstigen Bestreben des Landes, baldmöglichst sowohl dem Euro als auch dem Schengenraum beizutreten. mp

Berufssportler Keine Rückkehr in die Türkei

Der deutsche Fußballprofi Deniz Naki wird nicht in die Türkei zurückkehren. Aufgrund „massiver Sicherheitsbedenken“ will er in Deutschland bleiben und seinen Vertrag beim kurdischen Verein Amed SK auflösen. Der für sein politisches Engagement bekannte Sportler steht seit Längerem im Fokus türkischer Behörden und wird von Nationalisten auch in Deutschland bedroht. Zuletzt hatten Unbekannte am Abend des 7. Januar einen Anschlag auf ihn verübt: Sie schossen auf

der Autobahn nahe Aachen mehrfach gezielt von der Überholspur auf seinen Wagen. Die Staatsanwaltschaft Aachen ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdelikts. Naki, Sohn türkischer Einwanderer, spielte früher unter anderem beim FC St. Pauli und in der deutschen U-21-Nationalmannschaft. Ursprünglich wollte er zum Rückrundenstart der dritten türkischen Liga wieder nach Diyarbakır reisen. Die Entscheidung sei ihm nicht leichtgefallen, berichtet sein Frankfurter Anwalt Stephan Kuhn. „Letztlich sorgten seine Familie und sein Umfeld für diese Entscheidung.“ mba



Naki

EMIN OZMEN / LEJOURNAL

Seehofer, Merkel



JENS-JESKE.DE

Regierung Seehofer bereit für Berlin

CSU-Chef Horst Seehofer ist grundsätzlich bereit, ein Ministeramt in der Bundesregierung zu übernehmen, falls von einem schwarz-roten Koalitionsvertrag ein Aufbruchssignal ausgehen sollte, insbesondere im Bereich der Digitalisierung; das machte er in internen Gesprächen deutlich. In der CSU wurde dies als Hinweis gewertet, dass er in einer möglichen Koalition entweder ein um Digitalthemen erweitertes Wirtschaftsministerium übernehmen könnte oder das Finanzministerium. Ein Wechsel Seehofers nach Berlin würde der

CSU den Machtkampf um den Parteivorsitz zumindest vorerst ersparen. Diesen könnte Seehofer ohne Regierungsamt wohl kaum behalten. In ein Kabinett unter dem designierten Ministerpräsidenten Markus Söder will Seehofer nicht eintreten. Ohne Ministeramt, hat er schon klargemacht, würde er sich ganz aus der Politik zurückziehen. Ein Rücktritt Seehofers als Parteichef würde unweigerlich zu einem offenen Streit zwischen Söder, dem Berliner Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und Manfred Weber, dem Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament führen. Alle drei haben Ambitionen auf den CSU-Vorsitz. rp

Koalitionsverhandlungen Schärfere Regeln gegen Islamisten?

Der Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung müsse schärfere Aussagen gegen muslimische Extremisten in Deutschland enthalten, fordert der CDU-Politiker Carsten Linnemann. „Mit dem politischen Islam wurde ein enorm wichtiges Thema im Sondierungspapier zu wenig berücksichtigt“, so Linnemann, der im CDU-Bundesvorstand sitzt und Chef der 25 000 Mitglieder starken Mittelstandsvereinigung seiner Partei ist. Die wachsende Zahl von Salafisten und Gefährdern zeige die Dimension

des Problems. „Wir müssen endlich wissen, wer in den Moscheen das Sagen hat, wer Träger und wer Finanzier ist“, sagt Linnemann, der auch ein enger Verbündeter des CDU-Präsidiumsmitglieds Jens Spahn ist. Im Wahlkampf hatten sich beide für ein „Islam-Gesetz“ ausgesprochen. Konkret fordert Linnemann nun schärfere Vorschriften für die Auslandsfinanzierung von Moscheen und die Einführung eines neuen Visums für Imame. In diesem Rahmen soll auch eine Sicherheitsüberprüfung stattfinden. Denn: „Immer mehr junge Leute werden in den Moscheen hierzulande radikalisiert.“ ama